

## Bürokratieindex

## „Arztzeit ist zu kostbar, um sie in Verwaltungsroutinen zu versenken“

52,37 Millionen Stunden haben niedergelassene Ärztinnen und Ärzte und Psychologische Psychotherapeuten im Jahr 2016 für administrative Aufgaben aufgewendet. Das sind umgerechnet 57 Tage pro Praxis und Jahr. Dies ist eines der Hauptergebnisse des Bürokratieindex für die vertragsärztliche Versorgung, kurz BIX, der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe und der Fachhochschule des Mittelstandes. Zeit, die Ärzten in der Versorgung ihrer Patienten fehlt, sagt Bernd Zimmer, Vizepräsident der Ärztekammer Nordrhein: „Wir wollen Ärzte sein und keine Bürokratiehelfer. Unsere Arztzeit ist zu kostbar, um sie in Verwaltungsroutinen zu versenken. Wir müssen zunehmend Zeit für unsere Patienten und deren Versorgung gewinnen“, kritisiert der Wuppertaler Geriater das Ausmaß an Bürokratie. Immerhin: Die Zahl der Stunden, die Ärzte für Bürokratie aufwendeten, ist von 54,96 Millionen Stunden im Jahr 2013 um 4,72 Prozent in 2016 gesunken. Auch die Bürokratiekosten fielen von rund 2,4 Milliarden Euro auf rund 2,3 Milliarden Euro. Das zeigt ein Vergleich der Ergebnisse des BIX mit der Bürokratiekostenmessung des Statistischen Bundesamtes für den Bereich Vertragsärzte und -psychotherapeuten aus dem Jahr 2013. Entlastungen ergaben sich laut BIX zum Beispiel durch die überarbeitete Qualitätsmanagement-Richtlinie und die Abschaffung der Praxisgebühr. Bescheinigungen bei Arbeitsunfähigkeit nehmen durch steigende Fallzahlen dagegen zu und stellen eine zunehmende Belastung dar. Der BIX berücksichtigt nur Informationspflichten für

niedergelassene Vertragsärzte und -psychotherapeuten, die in den Verantwortungsbereich der Selbstverwaltung fallen. Von den 353 bürokratischen Pflichten betreffen 229 den Bereich Qualität in der Versorgung, 44 beziehen sich auf Verordnungen und Bescheinigungen. Bei 37 Pflichten handelt es sich um Auskünfte an Kostenträger. Trotz der hohen Anzahl an Pflichten im Bereich Qualität, nehmen diese nur ein Viertel der Nettostunden in Anspruch. Hier ist der Aufwand vergleichsweise geringer als im Bereich Verordnungen und Bescheinigungen, wo 35 Prozent der Nettostunden anfallen. Insgesamt machen sieben Prozent der Pflichten circa 90 Prozent aller bürokratischen Belastungen aus. Laut Bürokratieindex nimmt das Ausstellen von Überweisungen jährlich die meiste Zeit in Anspruch. Obwohl der Aufwand gering ist (1,8 Minuten pro Patient), bewirkt die hohe Fallzahl von über 200 Millionen einen jährlichen Zeitaufwand von etwa 6,1 Millionen Stunden. *jf*



Foto: megaflopp/Fotolia.com

## Neonatologie

## Pulsoxymetrie jetzt Bestandteil der Früherkennung

Kritische angeborene Herzfehler bei Neugeborenen sollen künftig besser entdeckt und damit frühzeitiger behandelt werden können. Einen entsprechenden Beschluss zur Erweiterung der Kinderuntersuchung U1/U2 hat der Gemeinsame Bundesausschuss in Berlin gefasst.

„Mit dieser Methode können bestimmte Herzfehler erkannt werden, die bei Ultraschalluntersuchungen während der Schwangerschaftsvorsorge oder nach der Geburt bislang nicht entdeckt werden konnten. Diese sogenannten kritischen angeborenen Herzfehler sind Fehlbildungen am Herzen und seinen Gefäßen. Diese können den Blutkreislauf so stark behindern, dass das Kind ohne Behandlung kaum eine Überlebenschance hat. Durch das Screening soll ein unverzüglicher Behandlungsbeginn ermöglicht werden“, heißt es in einer Mitteilung des G-BA.

Weitere Informationen zum Angebot finden Sie auf

[www.g-ba.de](http://www.g-ba.de).

*ble*

## Kühn neuer Ministerpräsident

## Machtwechsel in Düsseldorf: Erste rot-gelbe Koalition

Dezember 1966: In Bonn zerbrach die Koalitionsregierung aus CDU und FDP; die erste Große Koalition unter CDU-Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger übernahm die Regierungsgeschäfte. Beinahe zeitgleich formierte sich in Nordrhein-Westfalen die erste SPD-geführte Koalition zusammen mit der FDP, die am 1. Dezember 1966 der CDU den Rücken kehrte. Neuer Ministerpräsident wurde Heinz Kühn. Er hatte dieses Amt bis 1978 inne. Das für das Gesundheitswesen zuständige Landesinnenministerium wurde weiterhin von Willi Weyer von der FDP geleitet. Das *Rheinische Ärzteblatt* stellte in der Ausgabe vom 8. Januar 1967 Eckpunkte aus dem Arbeitsprogramm der neuen rot-gelben Landesregierung vor.

Heinz Kühn nannte die „weitere Förderung im Bau befindlicher Krankenanstalten, die vorbeugende Gesundheitsfürsorge und die Bekämpfung der Mütter- und Säuglingssterb-

**RA** VOR  
50 JAHREN

lichkeit“ als wichtige Ziele. Diese würden in einer Zeit verfolgt, die „nicht mehr in der Gunst raschen Wirtschaftswachstums stehe“. Vor dem gleichen Hintergrund der sich abzeichnenden Rezession entschloss sich der

Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein im Herbst 1966 zu einem ungewöhnlichen Schritt: Die Anträge zur Erhöhung der Vergütungssätze der Einzelleistungsverträge, die nach erfolglosen Verhandlungen mit den Gesetzlichen Krankenkassen beim Schiedsamt gestellt wurden, zog der Vorstand zurück. Gleichzeitig bot er bezüglich der Honorarverhandlungen den Gesetzlichen Krankenkassen ein Stillhalteabkommen „zunächst für die Dauer eines halben Jahres“ an. Der Anpassung der Honorarforderungen an die Strukturkrise folgte auch die Vertreterversammlung Ende November 1966, wie *Der Rheinische Kassenarzt* in seiner Januar-Ausgabe 1967 berichtete. *bre*